

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 12 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Staat und Wirtschaft

#### Gedanken zur Verwirklichung des Offener Programms Von Adam Stegerwald.

Der heutige Staat beruht auf einer völlig anderen Grundlage wie vor 1918. Er muß sich daher heute viel stärker als ehedem auf die organisierten Wirtschaftskräfte des Landes stützen. Das ist keine zufällige Entwicklung. Die Wirkungsmöglichkeiten der politischen Parteien sind beschränkt und eben deswegen gewinnen die wirtschaftlichen Mächte im Staate dauernd an Einfluß. Damit stehen wir vor der Frage: Wie wird sich in Zukunft die Stellung der wirtschaftlichen Berufsgruppen zum Staate gestalten?

Diese Fragestellung geschieht aus der Befürchtung, daß die

#### wirtschaftlichen Kräfte die Staatsautorität überwindern,

wenn nicht sogar über einen nationalen Staat hinauswachsen. Wir stehen vor einer Reihe von Fragen, die wir beantworten müssen: Befinden wir uns in einem Zeitalter staatlicher Machtauslösung? Stehen wir vor einer Wiederkehr der Zeitspanne unserer vaterländischen Geschichte, in der wieder die korporativen (genossenschaftlichen) Gedanken mit ihren guten und schlechten Folgen den Staat überwindern? Ist die Ausdehnung der wirtschaftlichen Interessengruppen und der Berufsorganisationen der Anfang einer solchen Entwicklung? Haben wir es mit einer Verfallserscheinung zu tun insofern, als in diesen wirtschaftlichen Gruppen der „Branchenegoismus“ in nachster Form hervortritt und das Nationale der Volksgemeinschaft auslöscht? Oder stehen wir vor einer Reaktion gegen die naturgemäße Ueberspannung des staatlichen Machtgedankens während des Krieges und gegen den Glauben an die Herrschaft der Willkür in der Geschichte, die aus dem uns aufgezwungenen Friedensvertrag spricht?

Es ist über allem Zweifel sicher, der Staat, so wie wir ihn von früher kannten, befindet sich in einer fortschreitenden Zerfetzung, und zwar nicht erst seit der Revolution. Die wirtschaftlichen Kräfte haben schon vor dem Kriege die Politik des Staates stark bestimmt, nur die Arbeiterbewegung hatte früher darauf geringen Einfluß. Die Einflüsse der wirtschaftlichen Gruppen, vor allem des Großkapitals, wurden in Deutschland gemildert durch die grundsätzlich nach allen Richtungen tendierenden Anschauungen, die mit der Monarchie, dem Beamtentum und dem Heere, besonders dem Offizierkorps, verbunden waren. Alle drei waren ihrer Grundtendenz nach antikapitalistisch. Sie fußten auf Anschauungen früherer Traditionen, die man sich bemühte wenigstens äußerlich weiterzupflanzten. Im kapitalistischen Sinne konnte weder im Beamtentum noch im Heere irgend jemand zu politischem Einfluß und Macht gelangen. Maßgebend war in stärkerem oder geringerem Grade der alte Begriff der Standesehre und der persönlichen Anhänglichkeit an den Monarchen. Insofern hat die Revolution eine vollkommen andere Basis geschaffen. Das Heer ist bis auf einen kleinen Rest aufgelöst und

#### das Beamtentum

in eine völlig andere rechtliche und tatsächliche Stellung hineingebracht worden. Es ist ganz naturgemäß — und das wiederholt sich immer wieder in der Geschichte parlamentarisch regierter Staaten —, daß, wenn das Beamtentum aus seiner gesellschaftlichen Stellung und aus seiner entscheidenden Macht verdrängt wird, es sich nicht mehr wie früher aus gleich fähigen Fachkräften zusammensetzen kann. Die Folge ist entweder eine Zerrüttung der Verwaltung oder aber die Entstaatlichung einer Reihe von Funktionen, die seither dem Staate ausschließlich oblagen. Während des Krieges wurden eine Reihe amtlicher und halbamtlicher Organisationen geschaffen und mit Persönlichkeiten besetzt, denen die alten Beamteigenschaften abgingen. Diese haben zum Teil das Beamtentum angeerbt und so ist

auch in Deutschland die vor dem Kriege zweifellos vorhanden gewesene Unbestechlichkeit des Beamtentums zu einem großen Teile geschwunden.

Deutschland ist als Staat und Nation, soweit es heute noch existiert, in den kritischen Monaten nicht gerettet worden durch die politischen Parteien. Es ist gerettet worden durch freiwillig organisierte Freiwilligenkorps und es ist gerettet worden durch wirtschaftliche Bezirksgruppen, die noch genügend intakt und deren Führer sich der Verantwortung der Stunde bewußt waren. Ohne die Tätigkeit der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die im November 1918 gegründet wurde und die fast ausschließlich die erstaunlich rasche Unterbringung der demobilisierten Massen in Arbeitsgebiete bewirkt hat, wäre der Zusammenbruch ein noch viel größerer gewesen. Hier liegt die Geburtsstunde der großen Machtverschiebung des Staates, vor der wir heute stehen. In diese Situation hinein kam von Rußland her der

#### Rätegedanke.

In der russischen Räteverfassung waren wirtschaftliche und politische Macht vereinigt. Sie bedeutete aber keine eigentliche staatliche Verwaltung. Sie war nur das Produkt der Auflösung und stellte die Diktatur kleiner Minderheiten dar, die mit brutalen Machtmitteln den Staat zusammenhielten. Das war die Situation, in der die Nationalversammlung in Weimar dem deutschen Volke eine neue Verfassung geben sollte. Hat die Weimarer Verfassung eine klare Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft gegeben? Darauf ist mit einem glatten „Nein“ zu antworten. Das war auch schon deshalb nicht möglich, weil ihre Gestaltung unter dem Zwang des Friedensvertrages stand, dessen § 178 besagt, daß alle die Bestimmungen der Verfassung, die in irgendeinem Punkte dem Versailler Vertrag entgegenstehen, nicht ausgeführt werden dürfen. Wir können heute nicht mehr als freies Volk Staat und Wirtschaft entwickeln, sondern wir müssen infolge unserer Entwaffnung und Schwäche das tun, was unsere Gegner von uns verlangen. Aber nicht nur infolge des außenpolitischen Druckes ist die Weimarer Verfassung ein Torso geblieben. Föderative Verwaltungsdezentralisation, demokratischer Dezentralismus, nationaler Einheitswille und die resultierenden Kräfte des berufständischen Gedankens liegen nebeneinander wie Modelle, die noch nicht durch die Glut des Feuers zu einer einheitlichen Regierung zusammengeschmolzen sind. Das Verhältnis der Einzelstaaten zur Reichsverwaltung ist nicht geregelt worden. Die organische Eingliederung des Reichswirtschaftsrats oder der Zentralarbeitsgemeinschaft in die gesetzgebenden Gewalten ist nicht erfolgt. Das föderative Prinzip verkörpert durch den Reichsrat, der demokratische Parlamentarismus des Reichstags und der berufständische Gedanke des Reichswirtschaftsrats stehen in keinen Beziehungen, die eine einfache Arbeit der ganzen Selbstverwaltung garantieren und damit eine sichere Basis für eine reibungslose Verwaltung schaffen.

Es kam hinzu, daß die Revolution nicht eine Bindung des Egoismus und des Kapitalismus gebracht hat, sondern ihre äußerste Entfesselung. Noch nie ist das deutsche Volk so bewußt worden wie seit der Revolution. Heute gehen die fast unsichtbaren Kanäle der Hochfinanz beinahe in alle Parteien hinein, auch in jene, die sich äußerlich als die schärfsten Belämpfer des Kapitalismus gebärden.

Wenn diese Kräfte in der Politik lebendig sind, so fragt man sich, weshalb schafft man nicht Institutionen, in denen die gegenseitig widerstreitenden wirtschaftlichen Interessen sich unter ständiger Teilnahme der Arbeitnehmer und Verbraucher das Gleichgewicht halten. Das ist im Grunde die Idee des Reichswirtschaftsrates. Ich glaube, daß diese Idee etwas in sich absolut Gesundes hat. Deshalb muß der Reichswirtschaftsrat organisch in die Gesetzgebung eingefügt werden und darf nicht nur vorbereitenden Charakter haben. Die

### Staatsverwaltung und Gesetzgebung,

muß einfach sein, wenn sie wirksam sein soll. Ich sehe keinen andern Ausweg als eine Vereinigung des föderalistischen Prinzips mit dem demokratischen Prinzip des allgemeinen Wahlrechts. An der berufständischen Vertretung müssen wir als Arbeitnehmer unter allen Umständen festhalten. Sie sichert den Arbeitnehmern durch die paritätische Vertretung den andauernden Einfluß und sichert weiter die Teilnahme von Sachleuten an der Gesetzgebung unter sorgfältiger Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse jedes Landesteiles und jeder einzelnen Gruppe. Der Reichswirtschaftsrat arbeitet heute schon in mancherlei Hinsicht reibungslos wie der Reichstag. Eine berufständische Vertretung für sich allein kann allerdings auch nicht in Frage kommen. Bei ihr besteht die Gefahr des Ueberwucherns des Branchenegoismus. Er ist heute nicht nur eine Gefahr für den Staat, sondern auch für die Arbeiterbewegung.

Wir sind uns vollkommen bewußt, daß nur eine höhere Auffassung des Berufs auf sittlich-religiöser Grundlage Staat und Gesellschaft sichern kann.

#### „Berufsethos“ gegen Branchenegoismus“

muß die Parole sein! Die Parteien, wenn sie genügend groß und stoffkräftig sind, können und sollen die Funktionen haben, die wirtschaftlichen Gegensätze zu mildern und ihren Kampf nicht bis zum äußersten sich verschärfen zu lassen. Der Kampf um weltanschauliche Ideale auf Grund des allgemeinen Wahlrechts hat noch eine weitere für die Fortexistenz des Staates elementare Aufgabe. Nicht eine berufständische Verfassung und nicht wirtschaftliche Selbstverwaltungen können den Staat als solchen, der in der Einheitlichkeit von Staat und Nation besteht, in Zeiten stärksten außenpolitischen Druckes und stärkster wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Entwicklung in seiner Fortexistenz sichern. Die mit dem Wiederaufbau Europas und mit den Reparationsverpflichtungen verbundenen Fragen und Probleme müssen jedem Nachdenklichen die Augen darüber öffnen. Der Wiederaufbau des mitteleuropäischen Eisenbahnwesens, der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft, die Herstellung des finanziellen Gleichgewichts der Welt drohen die nationale Selbstbefestigung der Völker nicht nur einzuschränken, sondern in vielfacher Beziehung sogar aufzuheben. Wirtschaft und Geld kennen keine nationalen und staatlichen Grenzen. Es darf nicht dazu kommen, daß die Wirtschaftsmittel Europas von dem egoistischen Bestreben der internationalen Hochfinanz reguliert und ausgebeutet werden. Nur der in elementarer Form, auf Grund des allgemeinen Wahlrechts zum Ausdruck gelangende Wille des ganzen Volkes und sein Einfluß auf die jeweilige Regierung, sowie die argwöhnische Beobachtung aller ihrer Verhandlungen können uns von diesen Gefahren retten. Das internationale Kapital gründet Fabriken und Unternehmungen, wo es am billigsten arbeiten kann. Es kann nicht das Ziel der Zukunft sein, ein Durcheinanderwürfeln der Völker herbeizuführen und die Echtheit und damit auch die die Gesellschaft und Gemeinschaft erhaltenden Kräfte zu vernichten.

Hier muß der

#### nationale Staat

ein Bollwerk sein. Dem Innern des Menschen kann die Religion die Kraft zum Widerstand gegen derartige nihilisierende Tendenzen geben. Aber nur der nationale Staat vermag zu verhindern, daß der Staat auch äußerlich zum Objekt einer nach dem Willen und den Gesetzen des internationalen Kapitals arbeitenden Maschine wird. Das Aufhören des nationalen Staates, das Ueberwuchern seiner Grenzen und seiner Autorität durch eine restlos von den Gesetzen des Kapitalismus regulierte gesellschaftliche Entwicklung bedeutet die endgültige Verdrängung der Arbeitnehmer. Nur im Rahmen eines nationalen Staates und einer nationalen Wirtschaft kann die berufständische Solidarität von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sich so

weiter bilden und vervollkommen wie es unser Ziel ist; daß der Arbeitnehmer nicht nur Objekt der Wirtschaft ist, sondern Mitträger und Mitbesitzer an den Produktionsmitteln. Dieser nationale Staat muß ruhen auf einer breiten weltanschaulichen Basis, die ihre Wurzeln in den ewigen Wahrheiten des Christentums hat. Nur so kann die Autorität des Staates, die mit der sozialen Freiheit und der Selbständigkeit des einzelnen identisch ist, wiederhergestellt werden. Eine glücklichere und gefestigtere Zukunft muß gesichert sein durch das Zusammenarbeiten des Lebenswillens der Nation, der christlichen Weltanschauung und des Verantwortlichkeitsgefühls jedes einzelnen für seinen ganzen Beruf mit dem Ziel, die Interessen der Einzelnen und der einzelnen Berufsgruppen zu einem harmonischen Ganzen im Sinne einer nationalen Volksgemeinschaft zusammenwirken zu lassen.

## Gleitende Löhne

Von Oskar Böhmke

II.

Ein im Frühjahr dieses Jahres durch die Zeitungen gegangener Aufsatz des Herrn Reichsarbeitsministers Dr. Brauns brachte den beachtenswerten Vorschlag, nötigenfalls das System der gleitenden Lohnskala mit der Einrichtung einer kurzfristigen, schiedsgerichtlichen Lohnfestsetzung zu verbinden. Wir haben leider noch keinen zuverlässigen Wertmesser für das Steigen oder Fallen der Lebenshaltungskosten in den verschiedenen Städten und Bezirken, auch müßten, wie schon erwähnt, bereits vorher die Ausgangshöhen der Löhne eine angemessene Festlegung erfahren haben.

Es ist übrigens erforderlich, an den Ausbau der bereits im Februar 1920 erstmalig eingeleiteten amtlichen Lohn- und Gehaltsstatistik zu denken, für die ein brauchbarer Entwurf eines Gesetzes im Reichstag eingebracht ist. — Die Berufsverbände sollten sich ebenfalls mit einer privaten Lohnstatistik mehr als bisher befassen, denn solche Uebersichten führen den maßgebenden Stellen vor Augen, in welchen Gegenden oder Gewerbegruppen unter der Norm bezahlt wird.

Was die angestrebte Verbesserung der amtlichen Lebenshaltungsstatistik und Indexziffer (die sogenannte amtliche Teuerungsziffer) anlangt, so hat der Verfasser an dieser Stelle wiederholt auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Gewerkschaftler draußen im Lande selbst tatkräftig an der Verbesserung mitwirken. Auf eine richtige Preisfestsetzung in den einzelnen verschiedenen Orten ist schon deshalb besonders Wert zu legen, weil bei der Verschiedenartigkeit der Teuerungsverhältnisse in den verschiedenen Wirtschaftsgebieten und Orten Deutschlands bei Gehalts- und Lohnfestsetzungen auf eine örtliche Vereinbarung zurückgekommen werden müßte. Für die Beamten wird zwar eine Reichsindexziffer in Betracht kommen, doch hängt hierbei die bekannte Ortsklasseneinteilung von der Richtigkeit der örtlichen Teuerungsziffer ebenfalls wesentlich ab. Für die Arbeiter und Angestellten dagegen ist, weil die meisten Tarife örtlicher oder bezirklicher Natur sind, eine richtige Teuerungsziffer in den einzelnen Orten eine Notwendigkeit. Das schließt nicht aus, daß auch die Reichsdurchschnittsziffer bei weiterer Vervollkommenung ein brauchbarer Wertmesser bei Lohnfestsetzungen sein kann.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hatte gelegentlich ihrer im März 1922 in Köln stattgehabten Tagung sich mit der Frage der gleitenden Lohnskala eingehend beschäftigt und dabei einen ablehnenden Standpunkt eingenommen. Der ablehnende Standpunkt der Arbeitgeber hatte vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, manche beachtenswerte und vernünftige Gründe, die sich sogar in mancherlei Hinsicht mit uns in dieser Abhandlung wiederergebenen Anschauungen decken. Wenn von manchen Arbeitgebern das Wort für die Einführung einer gleitenden Lohnskala geredet wird, so liegen die Ursachen zumeist darin, daß sie einerseits glauben, die für sie unannehmen Tarifverhandlungen los zu werden, zum anderen möchten sie bei einer guten Wirtschaftslage die Arbeitnehmerschaft an einem günstigeren Ertrage der Wirtschaft nicht teilhaben lassen. Die Arbeitgeber in Hensberg und Breslau sprechen sich ausweichend über die in diesen Städten gemachten Erfahrungen aus. Dieses Lob der Arbeitgeber muß doppelt zur Vorsicht mahnen, denn es hat sich gezeigt, daß die Arbeitnehmer in diesen Städten schlecht abgeschnitten haben.

Die anderen Gewerkschaftsrichtungen haben sich hinsichtlich der gleitenden Lohnskala noch in keiner Weise festgelegt. Wenn bei den Hirsch-Dauder'schen Gewerkschaften beispielsweise Erlebens schon seit Jahr und Tag in mehr oder weniger bestimmter Weise für eine gleitende

Lohnskala eintritt, so sind andererseits Neußerungen von anderen Persönlichkeiten des Gewerkschaftsrings vorhanden, die sich gegen eine solche Methode aussprechen. Ebenso sind bei den freien Gewerkschaften Stimmen für (z. B. Alexander Knoll vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund im „Vorwärts“ vom 1. 3. 1922) und gegen eine gleitende Lohnskala (z. B. Clemens Körpel im Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 25. 2. 1922) laut geworden.

Wenn hier die in Oesterreich gemachten Erfahrungen ganz kurz gestreift werden, so geschieht dies aus dem Grunde, weil die dortigen Vorgänge sehr lehrreich sind. Seit der Revolution überführten sich dort durch die ununterbrochene sprunghafte Teuerung die Lohnbewegungen derart, daß sie zu einer öffentlichen Katastrophe wurden. Nachdem der Staat selbst durch die Bewegungen seiner Beamten und durch die andauernde Beunruhigung des gesamten Wirtschaftslebens in Mitleidenschaft gezogen worden war, wirkte die damalige Staatsleitung mittelbar durch die Anwendung einer gleitenden Lohnskala auf die Anwendung einer gleitenden Zulage bei den Lohnverträgen ein. Bei den Bestrebungen der deutschen Regierungen und mancher Beamten, gleitende Gehälter einzuführen, würde möglicherweise auch in Deutschland die Anwendung dieses Systems auf die privaten Betriebe, wie dieses in Oesterreich geschehen, übertragen werden. Selbst den dortigen Gewerkschaften erschien die Anwendung einer gleitenden Zulage zunächst als ein vorläufiger Ausweg aus den sich überfüllenden Lohnbewegungen. Man kann also fast behaupten, daß damals die Einführung der Gleitung von fast allen beteiligten Parteien als die beste Lösung des Teuerungsproblems für Lohn- und Gehaltsempfänger angesehen wurde. Die Gewerkschaften sahen ferner in der Gleitung eine Möglichkeit, den besonders radikalen Elementen in den Gewerkschaften, die in den durch die rasche Verteuerung überholten Verhandlungsergebnissen fortwährend neue Agitationsstoffe fanden, das Wasser abzugraben.

Zunächst sei festgestellt, daß das Tarifvertragswesen in Oesterreich nicht entfernt so vollkommen geregelt war und ist, wie im Deutschen Reich. In sehr vielen Fällen bedeutet in Oesterreich der Tarifvertrag keine Mitbestimmung bei der Festsetzung des Wertes bestimmter beruflicher Arbeitsleistungen, sondern er enthält nur eine sehr bedingte Mitbestimmung über den Ausgleich der fortschreitenden Teuerung. Diese Zustände haben es mit sich gebracht, daß in Oesterreich Kollektivverträge bestehen, die Hungerlöhne enthalten, und solche, die mitunter wieder gute Einkommen aufweisen. Es zeigt sich also auch in Oesterreich, daß bei der Einführung einer gleitenden Lohnskala weniger die Gleitung, sondern die Gestaltung der Grundlöhne ausschlaggebend ist. Die österreichischen Einigungsämter, die den deutschen Schiedsgerichten entsprechen, haben übrigens nicht das Recht, im Kampf um einen neuen Tarif oder um die Verbesserung und Lohnerhöhung eines bestehenden Tarifs einen Schiedsspruch zu fällen, sie können vielmehr nur die Einigung versuchen, sind aber ganz auf den guten Willen der beteiligten Parteien angewiesen.

Die Anwendung der gleitenden Lohnskala seit halb zwei Jahren hat in Oesterreich bei der Unsicherheit und der Verschiedenartigkeit der Grundgehälter und der Grundlöhne dazu geführt, daß einzelne Industrien in Schwierigkeiten gekommen sind. Die gleitende Lohnskala in Oesterreich soll angeblich auch mit die Ursache dazu bilden, daß dort die Welparität erreicht und teils überschritten ist. Im März 1922 haben deshalb in vielen wichtigen Industriezweigen Verhandlungen mit dem Ergebnis stattgefunden, daß die gleitende Lohnskala in vollem Ausmaße nicht mehr durchgeführt werden kann. Selbst die wichtigsten und stärksten Arbeitergruppen haben sich zu Konzessionen bereit finden lassen müssen, so daß gegenwärtig dahingehende Vereinbarungen getroffen worden sind, nach welchen die Wirkungen der gleitenden Lohnskala zunächst vorübergehend ausgeglichen werden sollen. Man ist auch in Oesterreich noch nicht im Bilde, was nunmehr in der nächsten Zeit geschehen soll.

## Die Preisrafferei

Unter der Überschrift „Heraus aus dem Kalkulationsstau!“ bringt die „Handelszeitung des Berliner Tageblatts“ (Nr. 436 vom 27. 9. 1922) folgende äußerst bemerkenswerte Ausführungen:

„Trotzdem die Devisenbewegung in der letzten Zeit zum Stillstand gelangt ist, geht die Preisrafferei im Inlande zum Teil noch immer weiter. Kautschuk, gewisse Koh- und Halbfabrikate-Industrien, die bereits anläßlich der Dollarsteigerung nicht nur ihre Anwendungen für ausländische Rohstoffe, sondern die zunächst noch keineswegs in dem gleichen Ausmaß gesteigerten Kosten für die inländischen Produktionsfaktoren der Balutaentwertung angepaßt haben, schlagen nunmehr getrenntlich die jetzt im Kielwasser der Devisenbewegung einhergehende Erhöhung der Löhne,

Kohlenpreise, Frachttarife von neuem auf die Preise auf, trotzdem dadurch in Wirklichkeit eine doppelte und dazu in jedem der beiden Aufschlagsfälle überreichliche Ausgleichung der inländischen Produktionsverteuerung erfolgt. Vielfach greifen die Räder des Preisrades so ineinander, daß gar nicht erst abgewartet wird, ob und in welchem Umfange die Rohstoffindustrien ihre Preise erhöhen werden, sondern man macht maßliche Schätzungen solcher als wahrscheinlich bezeichneten Erhöhungen veranlassen die verbrauchenden Industrien bereits, das erwartete Höchstmaß der Rohstoffpreiserhöhungen einzufaktulieren. So hat kürzlich das Nachrichtenamt des Magistrats zu Berlin die für den 1. Oktober beschlossene Erhöhung der Preise für elektrischen Strom von 12 auf 25 % für die Kilowattstunden unter anderem damit motiviert, daß die Kohlenpreise im Oktober auf über 8000 M für die Tonne steigen werden gegenüber einem Preise von 2750 M im Monat August und von etwa 4000 M im Monat September. Daß in der Tat die Kohlenpreise im Oktober auf über 8000 M erhöht werden, steht noch keineswegs fest. Wenn es aber geschehen sollte, so würde diese neue Preisverdoppelung durch die gegenwärtigen Verhältnisse in keiner Weise gerechtfertigt sein.

Selbst wenn, was aber gänzlich ausgeschlossen ist, die Löhne wiederum eine sehr beträchtliche Erhöhung erfahren sollten, wäre eine derartige exorbitante Steigerung der Kohlenpreise durch die Verhältnisse in keiner Weise geboten. Daß sie im gegenwärtigen Augenblicke, in der die Baluta einige Ruhe zeigt, unter allen Umständen vermieden werden muß, liegt auf der Hand, denn die Folgen einer solchen neuen gewaltigen Kohlenpreiserhöhung wären unaussprechlich. Eine neue Welle von Preissteigerungen würde sich über alle Stadien der Warenproduktion ergießen und der allgemeinen Preisbewegung wiederum einen starken Antrieb geben, während das Streben aller wirtschaftlichen Kreise darauf gerichtet sein muß, das Preisrad nach dem Auslaufen der aus der letzten Devisenbewegung hervorgegangenen inneren Erhöhungen möglichst schnell zum Stillstand zu bringen.

Bei einer Erhöhung der Kohlenpreise auf einen Satz von über 8000 M würde der deutsche Kohlenpreis völlig oder fast völlig auf die Höhe des englischen gebracht werden. Damit bestände die Gefahr, daß das gesamte Preisniveau im Inlande, das schon heute in vielen Waren nur noch unerheblich unter dem Weltmarktniveau liegt, dieses erreichen, ja zum Teil sogar übersteigen würde. Damit würde weiter die Gefahr verstärkt, daß die Kapitalnot, die schon jetzt infolge der in kurzer Zeit gewaltig emporgeschossenen Preise sehr groß ist, geradezu katastrophale Dimensionen annimmt, wesentliche Teile der Warenherzeugung zum Stillstand bringt, zu noch schärferen Produktionseinschränkungen und zu noch schärferer Arbeitslosigkeit führt. Eine solche Entwicklung liegt weder im Interesse des Konsums noch in dem der Produktion. Von der oft als erforderlich bezeichneten Produktionssteigerung und Wiederbeschaffung der abgesetzten Waren durch Produzenten und Händler, die angeblich durch die Festsetzung „auskömmlicher“ Preise gefördert werden soll, kann dabei gar keine Rede sein. Das Erfordernis der Stunde ist vielmehr äußerster Maßhalten in der Preisbewegung. Eine Politik, die hemmungslos auf den Bahnen der Preissteigerung fortstreben und nach der Anpassung oder Ueberschreitung der Weltmarktpreise die letzte Rettung etwa in einer neuerlichen Senkung der deutschen Baluta (in den letzten Tagen hat sich der Dollar ohne jeden sachlichen Grund wieder nach oben bewegt) sehen würde, wäre nicht nur unsinnig, sondern auch verbrecherisch. Wir müssen angeichts der Absatzlagnation, die sich schon heute auf vielen Gebieten der Fertigerzeugung zeigt, unbedingt aus dem Kalkulationsstauwerk herauskommen und wieder in besonnenere Bahnen einlenken.“

Das „Berliner Tageblatt“ wird wohl niemand im Verdachte haben, es huldige antikapitalistischen Tendenzen. Der vorstehende Warnungsruf an die Adresse der Produzenten und Händler gewinnt deshalb eine besondere Bedeutung. Hier wird von einem Blatte, das aus seiner Vorliebe für die kapitalistische Wirtschaftsweise nie ein Gehl gemacht hat, klipp und klar zugegeben, daß mit den gegenwärtigen Preisen Wucher, schamloser Wucher getrieben wird.

## Allgemeine Rundschau

### „Partei und Gewerkschaft sind eins!“

Die soeben vollzogene Einigung der Mehrheitssozialisten mit den unabhängigen wird von dem „Korrespondenzblatt“ des sozialistischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit großer Freude begrüßt, was man angesichts des bisherigen mühen Richtungsstreites in den freien Gewerkschaften gut begreifen kann. Nicht minder erfreut ist der „Vorwärts“. Er schreibt:

„Diese herzlich begrüßte Einigung ermutigt zu der Hoffnung, daß nun auch in das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft ein neuer frischer Zug hineinkommen wird. Es ist die Aufgabe der Partei, die Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Politik zu fördern, in der Parteipresse die Kämpfe der Gewerkschaften zu unterstützen und ihnen nach Kräften jede Herbspaltung fernzuhalten. Um diese große Aufgabe erfüllen zu können, dazu bedarf die Partei auch der tätigen Mitwirkung der Gewerkschaften. Möge sich so, im Sinne einer zweckmäßigen Arbeitsteilung, das Wort erfüllen: „Partei und Gewerkschaft sind eins!“

Diese Auslassung des sozialdemokratischen Zentralorgans bestärkt erneut, wie der Zentralitätsbeschluss des Rüruberger „freien“ Gewerkschaftscongresses gemeint



# Die Kriegsbeschädigtenbewegung

Eine der aus der Not der Zeit geborenen Bewegungen ist die der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Leider ist aber auch diese Bewegung mit dem alten Erbfeind der Gewerkschaftsbewegung, der politischen und religiösen Herrschaft, belastet, sehr zum Nachteil der Beteiligten selbst. Die Bemühungen, eine einheitliche Organisation für alle Opfer des Krieges zustande zu bringen, scheiterten leider an der Parteilichkeit, mit der parteipolitisch und antireligiös einseitig gerichtete Persönlichkeiten an der Schaffung von Organisationen tendenziöser Richtung festhielten. So ist neben den Kriegervereinen auch noch der kommunistische „Internationale Bund der Kriegsoffer“ und der „Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen“ gegründet worden, der in der Kriegsbeschädigtenbewegung etwa die Rolle der sozialistischen freien Gewerkschaften in der Gewerkschaftsbewegung vor 15 Jahren spielte und vollkommen sozialistisch eingestellt ist. Die Gründung dieses Reichsbundes, zunächst unter dem Namen „Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer“, ist unter dem Vorsitz des Vorwärtsredakteurs und mehrheitssozialistischen Abgeordneten Pattner und der Mithilfe der sozialistischen Gewerkschaften und der sozialistischen Partei erfolgt. Schon die Gründung zeigte, daß es sich um eine Sammlung der auf internationalem Boden stehenden, und um eine Umnebelung und ein Einfangen der auf „nationalem“ Boden stehenden Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen handelte. Vorsitzender des Reichsbundes ist der mehrheitssozialistische Landtagsabgeordnete Marok. Wie der Reichsbund von vornherein von den freien Gewerkschaften und sozialistischen Parteien begünstigt wurde und heute noch empfohlen wird, zeigt z. B. die Propaganda, die vom Jahre 1917 an bis auf den heutigen Tag in der freien Gewerkschaftspresse für ihn getrieben wurde. Es heißt z. B. im „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission schon im Jahre 1917 in bezug auf den zu gründenden Reichsbund: „Diese besondere Organisation müßte, von proletarischem Geiste erfüllt, den Kriegsteilnehmern bei der Arbeiterklasse die Stütze werden, in der sie ihre bestimmten Spezialinteressen mit aller Entschiedenheit verteidigen könnten. Wenn die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter diese Organisation der proletarischen Kriegsteilnehmer tatkräftig fördern und unterstützen, dann wird die fördernde Wirkung auf den Mitgliederbestand der Gewerkschaften und der Partei nicht ausbleiben.“ Bezeichnend für den Geist des Reichsbundes ist die Tatsache, daß er bereits bei seinem vor zwei Jahren stattgefundenen Würzburger Bundestag mit einer Majorität von neun zehnteln der Delegierten den Beschluß gefaßt hat, mit der von einem Franzosen geleiteten kommunistischen Internationalen Liga der Kriegsteilnehmer zwecks Anschluß in Verhandlung zu treten. Der Reichsbund vertritt jedoch, die Kriegsoffer selbst wie auch die Öffentlichkeit über seine einseitige Tendenz hinwegzutäuschen und sich als eine parteipolitisch und religiös neutrale Organisation hinzustellen, um besser Mitglieder zu gewinnen. Es sei deshalb demgegenüber darauf hingewiesen, daß als älteste und größte parteipolitisch und religiös neutrale Organisation der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Berlin NO 18, Groß-Frankfurter Straße 53, in Frage kommt. Der Zentralverband verfolgt keinerlei Nebenziele: seine Tätigkeit besteht lediglich in der Vertretung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, für die die sachliche Arbeit des Zentralverbandes schon viele Erfolge gezeitigt hat. Der Zentralverband mit seinen mehr als 300 000 Mitgliedern bietet die Gewähr dafür, daß er auch künftig die Interessen der Kriegsoffer mit Nachdruck vertreten wird. Es liegt deshalb im eigenen Interesse aller Kriegsoffer, wenn sie den Zentralverband möglichst zu stärken suchen.

## Bau-Rundschau

### Privatunternehmer für die Sozialisierung der Baustoffindustrie?

Die gegenwärtige Krise der deutschen Bauwirtschaft hat die Aufmerksamkeit vieler Kreise wachgerufen. So heißt im „Berliner Tageblatt“ der Direktor einer Berliner Bauunternehmensgesellschaft Hr. Klein fest, daß im Laufe weniger Wochen, in denen sich die Löhne verdoppelt haben, die Baupreispreise durchschnittlich auf das Siereneinhalbfache gestiegen sind. Auf Grund dieser Tatsache kommt Herr Klein zu folgender bemerkenswerten Forderung:

„Wenn die staatlichen und behördlichen Stellen sich nicht dazu verstehen können, Hand zum mindesten auf die Bodenpreise zu legen, die für die Errichtung von Siedlungsbauten erforderlich sind, und deren Preise damit auf einen dem Zulandswert der Markt entsprechenden Stand zu bringen, so erscheint die Hergabe auch nur eines einzigen weiteren Mittels für die Fortführung der Siedlungstätigkeit als eine Unmöglichkeit.“

Wenn selbst aus dem Lager der Privatunternehmer herabgelaugte Forderungen erhoben werden, dann gibt das wenig zu denken. Von unserer Seite ist immer darauf hingewiesen worden, daß eine Verbilligung der Baumaterialien nur auf dem Wege über eine behördliche Verteilungsaktion der Baupreise zu erreichen ist.

### Eine bedeutungsvolle Forderung der Bergarbeiter

Der „Vorwärts“ vom 30. September bringt folgende Mitteilung:

Korrespondenzredakteur und Verleger: **Elena Schlichter**, Druck: **Deutscher Verlag** und **Kunststoff**, sämtlich in Berlin.

„Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hat dem Reichswirtschaftsminister einen Vorschlag unterbreitet, den die in Ueberschichten gefördernten Kohlen gemeinwirtschaftlich nutzbar machen soll. Um das Preisbrot des Zementbindematerials zu durchbrechen, soll ein Teil des diesem bisher gelieferten Kohlenkontingents dem Verband sozialer Baubetriebe bzw. dem Reichsverband deutscher Bauproduktionsgenossenschaften überwiesen werden, die die Zementproduktion wirtschaftlicher gestalten, die Erzeugung vermehren und die Preise verbilligen helfen wollen.“

### Erhöhung der Kohlenabgabe für den Bergarbeiter-Wohnungsbau

Durch Bekanntmachung vom 30. August wurden die Beiträge für den Bergarbeiter-Wohnungsbau erhöht und die Sätze für die Kohlenabgabe mit Wirkung vom 1. September 1923 bis 30. Juni 1924 dahin abgeändert, daß nunmehr je Tonne erhoben werden: für Steinkohlen 36 Mark, für Loks 54 Mark, für Braunkohlenbriketts, Nuppreßsteine und Grubekoks 36 Mark, für Kohlbrennstoffe 12 Mark

### Ein optimistisches Urteil über die Lage des Baugewerbes

finden wir im neuesten Heft des „Baumarktes“: „Ueber die Gestaltung der Bau-Marktlage blieben auch in der vergangenen Woche die Ansichten sich widersprechend. Man liest fortgesetzt ungünstige Nachrichten über die Rückwirkung der neuen Bauversteuerung, meist jedoch allgemein ausgedrückt, ohne beweisende Angaben. Wir können auf Grund unseres gewiß nicht oberflächlichen Einblickes noch immer feststellen, daß einer geringeren Zunahme des Baustoffangebotes kaum Ab-schwächung der bisherigen Nachfrage gegenübersteht, daß sogar in gewissen Bezirken und gewissem Maßebedarf die Nachfrage noch zunahm. Ver-gewissen darf natürlich nie werden, daß wir uns in der zweiten Septemberhälfte befinden, in der man ein Ansteigen der Bauaktivität von vornherein außer Betracht lassen muß.“

Bedauerlicherweise kommt aus der Landwirtschaft die Mitteilung, daß letztere die Bauversteuerungen beanstandet und infolgedessen mit neuer Baubeschäftigung zurückfällt. Die Landwirtschaft hat hierzu gewiß keinen Anlaß und wird hoffentlich bald zu der Einsicht kommen, daß nicht sie allein hohe Preise nehmen kann, sondern auch andere den Ertrag ihrer Ankosten zugehen muß.“

Wir können diesen Optimismus nicht teilen. Die sich gleich bleibende Nachfrage nach Baustoffen dürfte in erster Linie durch das Bestreben veranlaßt sein, die bereits begonnenen Bauten so schnell wie möglich fertig zu stellen. In einigen Wochen wird deshalb wohl auch die Baustoffindustrie über stark rückläufige Bewegung der Nachfrage berichten.

## Don den Arbeitsstellen

### Baunfall

**Vottrop.** Am 7. September verunglückte unser Kollege Dölle auf der Zeche Prosper 3 dadurch, daß er beim Gerüstbau das Gleichgewicht verlor und auf einen eisernen Träger aus zirka vier Meter Höhe stürzte, wodurch er sich eine schwere Gehirnerschütterung zuzog. Mehrere Tage war Dölle bewegungslos und nur den größten Anstrengungen der Ärzte gelang es, ihn wieder ins Bewußtsein zurückzurufen. Nach genauer Information liegt ein Verschulden der Bauleitung nicht vor. Das Unglück kam also durch einen unglücklichen Zufall entstanden sein. Hoffentlich trägt unser Kollege, der zurzeit noch schwer darnieder liegt, keinen dauernden körperlichen oder geistigen Schaden davon. Für unsere Kollegen auf den Arbeitsstellen ergibt sich aber hieraus die heilsame Mahnung, mehr denn je beim Gerüstbau Vorsicht obwalten zu lassen und die Bauarbeiterbestimmungen strengstens inne zu halten, wollen sie nicht ihr Leben unnötig aufs Spiel setzen. Keines Erachtens wird in dieser Hinsicht auf manchen Baustellen noch viel gefündigt. Deshalb, Kollegen, sorgen wir überall für guten Bauarbeiterchutz, eventuell durch Anstellung von Baukontrolleuren! J. E.

## Bücherchau

### Empfehlenswerte Bücher

Der gute Gewerkschafter ist stets eifrig bemüht, sein Wissen und Können zu vervollkommen. Eine Quelle gewerkschaftlicher und staatspolitischer Bildung sind folgende Schriften:

- Stegerwald, Abm. **Zusammenbruch und Wieder-aufbau** 8 M.; **Deutsche Lebensfragen**. (Eigener Vortrag 1920) 5 M.; **Städtische Arbeit über rote Gewalt**. (Vortrag in Dortmund 1920) 1 M.
- Brauer, Dr. Theodor. **Die Gewerkschaft als Organ der Volkswirtschaft** 6 M.; **Christentum und Sozialismus** (Eigener Vortrag 1920) 3 M.
- Gewerkschaftslehre**. (Grundzüge christlicher Sozialauf-jassung) 4. Auflage 5 M.
- Die christlichen Gewerkschaften**. 2. Auflage 6 M.
- Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften**. 2. Auflage 7 M.
- Reisefaden für Betriebsratsmitglieder**. 3. verbesserte und erweiterte Auflage 15 M.

**Handbuch für die Mitarbeiter in der Jugendbewegung der christlichen Gewerkschaften Deutschlands**. 10 M.

**Berufsberatungen**. Eine Quellenammlung hervorragender Autoren für die Lösung des Berufsproblems. 5 M.

**Die Vertretung innerhalb der christl. Gewerkschaftsbewegung**. 3 M.

**Unterrichtsstufe**. (Eine Anleitung.) 2 M.

**Protokoll des 10. Gewerkschaftstages in Offen 1920**. 25 M.

**Liederbuch für die Jungmänner der christlichen Gewerkschaften Deutschlands**. 5 M.

Um die hohen Betandspesen bei Einzelbestellungen zu sparen, liegt es im eigenen Interesse, wenn die Bestellungen nach Möglichkeit durch die Verbands- oder Kartellsekretäre erfolgen. Bücherbestellungen werden, wenn keine weiteren schriftlichen Mitteilungen gemacht werden, zu einem bedeutend geringeren Porto (augenblicklich 50 Pfg.) befördert.

**Christlicher Gewerkschaftsverband**  
Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25 I

### „Kritische Betrachtungen zur gleitenden Lohnskala“

Herausgegeben vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Christlicher Gewerkschaftsverband, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25.

Diese, in den letzten Tagen erschienene Schrift enthält ausführliches und aktuelles Material zu der unter dem Einfluß der Geldentwertung brennend gewordenen Frage des Gleitlohnes. Die Schrift bringt zunächst die Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die zu einer Entschärfung führte, in der es unter anderem heißt: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund kann in der gleitenden Lohnskala kein geeignetes Mittel für die Regelung der Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter erblicken, weil diese Methode selbst bei günstigster technischer Durchführung höchstens eine automatische Anpassung der Löhne und Gehälter an die Veränderungen des Geldwertes ermöglicht. Es muß aber stets gewerkschaftliches Ziel bleiben, das Realeinkommen entsprechend der Gesamtentwicklung der Volkswirtschaft zu steigern.“ Ferner wird die Stellungnahme einzelner Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie der anderen Gewerkschaftsrichtungen mitgeteilt, sowie Äußerungen der Arbeitgeber und der Regierung. Eine ausführliche Beschreibung finden die bisherigen Erfahrungen mit der gleitenden Lohnskala in Deutschland und Oesterreich, sowie die Voraussetzungen, die gegebenenfalls eine gleitende Lohnskala, falls sie unter dem Zwang der Verhältnisse sich einbürgern sollte, erst möglich machen, nämlich insbesondere eine verbesserte Lebenshaltung- sowie Gehalts- und Lohnstatistik.

Die Schrift kostet für Mitglieder der dem D. G. B. angeschlossenen Verbände 12 M., im Buchhandel 25 M.

## Bekanntmachung

### „Deutsche Arbeit“

Die bisherigen Bezahler der „Deutschen Arbeit“ müssen, wenn sie die Zeitschrift im 4. Vierteljahr weiter halten wollen, den Abonnementbetrag von 30 Mark unverzüglich an die Hauptkasse unseres Verbandes ein-senden.

Der Hauptvorstand.

J. A.: F. Jacobi.

### Sterbetafel.

Am 26. August starb nach längerem Leiden unser lieber Kollege **Fritz Schüller** an Magenkrebs im Alter von 48 Jahren.

Ortsgruppe **Röln-Wilhelm**.

Am 15. September starb infolge eines Eisenbahn-unfalles unser treuer Kollege **Franz Hentel** aus Grüsselbach im Alter von 52 Jahren.

Ortsgruppe **Schwelm**.

Am 16. September starb nach längerem schwerem Leiden unser lieber Kollege **Georg Neureuter** im Alter von 62 Jahren.

Ortsgruppe **Rosenheim**.

Am 25. September starb an den Folgen eines Bauunfalles unser treues Mitglied, der **Maurer Heinrich Müller** im Alter von 64 Jahren. Verwaltungsstelle **Singen/Em.**

Ehre ihrem Andenken!

## Berforgungsstelle zur Beschaffung

### von Landeserzeugnissen G. m. b. H.

Berlin NW 6, Luisenstr. 38

Einrichtung des D. G. B. 10061, 9116, 9116, 9117

## ff. Margarine Marke „Verbella“

zu Fabrikpreisen in Kästen zu 30 Pfd. in 1/2 Pfd.-Paketen Post- und Bahnverfracht.

Die unmittelbare Zuführung zwischen Produzenten u. Verbraucher